

ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Frau Gemeinderätin Mag^a Susanne Bauer
an Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 16. Jänner 2020

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Der Online-Handel nimmt stetig zu – damit aber auch der Stress für die Paketzusteller und manchmal auch der Unmut über die Paketzustellungen. Wenn man gerade mal nicht zu Hause ist, werden manchmal Pakete über den Zaun geworfen oder in Stiegenhäusern deponiert, oder sie sind irgendwo manchmal weit weg bei Vertragspartnern der jeweiligen Zustellerfirmen abzuholen. Daher ist der Ausbau von wohnungsnahen Paketzentren, wie von A1 im Außenbereich des Campus Neue Technik unweit der 6er-Bimhaltestelle im Versuchsstadium betrieben, durchaus interessant. Bis zum Jahresende sollen hier unter anderem die positiven Effekte des Systems auf Umwelt, Verkehr und das Mobilitätsverhalten untersucht werden, so Medienberichte. Ziel ist es, diese Stationen in ganz Graz, etwa in den Neubaugebieten Reininghaus und Smart City, aufzustellen.

Für eine flächendeckende Versorgung mit der Infrastruktur „Paketzentren“ werden natürlich die Kosten ausschlaggebend sein – dies bspw. auch in Hinblick darauf, ob solche Paketzentren etwa im Umfeld von Gemeindefohnbauten bzw. Genossenschaftswohnungen oder Geschoßwohnbauten errichtet werden. Die Frage ist, wer die Aufstellung der Boxen genehmigt, bezahlt, wie die Wartung finanziert wird, etc. Was nämlich nicht passieren darf ist, dass diese Form der neuen Infrastruktur in letzter Konsequenz, weil etwa im Siedlungsbereich Flächen in Anspruch genommen werden, generell unter die Rubrik „Betriebskosten“ fallen und somit die Wohnkosten erhöhen – und nicht alle BewohnerInnen nutzen Online-Handel gleichermaßen, und somit wäre es auch nicht akzeptabel, dass alle für die Bereitstellung der erforderlichen Infrastruktur, die die Logistikkonzerne nutzen können zur Kasse gebeten werden.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher die

Anfrage:

Gibt es in Zusammenhang mit dem Projekt „Paketzentren“ bereits Überlegungen oder Sondierungsgespräche:

1. Ob und wie solche Paketzentren im Geschoßwohnbau zur Anwendung kommen sollen bzw. können,
2. inwieweit solche Systeme für städtische Siedlungen/Übertragungswohnbauten zweckmäßig und sinnvoll sind,
3. welche Kosten für wen (BewohnerInnen/Stadt/Zustellunternehmen) anfallen,
4. wie die Finanzierung und Flächenvorsorge aussehen könnte,
5. inwieweit die BewohnerInnen in die Entscheidungsfindung miteinbezogen werden und
6. wer in letzter Konsequenz die Entscheidung betreffend solche Paketzentren im Gemeindebau und Übertragungswohnbau trifft.